



antwortlichen der Prüfbehörde den Sozialfonds jedoch positiv. Die gemeinsame Finanzierung und Steuerung bestimmter Sozialleistungen durch das Land und die Gemeinden sei österreichweit einzigartig. Allerdings sei das System aufgrund des breiten Spektrums auch sehr komplex. Umso wichtiger sei daher ein entsprechendes Controlling.

Eggler-Bargehr nahm dabei auch die Vertreter der öffentlichen Hand in die Pflicht. Diese müssten ihre Verantwortung wahrnehmen, wenn es um die Verwaltung des Sozialfonds durch das Kuratorium gehe. Diesem gehören jeweils vier Vertreter des Landes und der Gemeinden an. Vor allem bei den Abgesandten der Kommunen sei eine höhere Anwesenheitsquote bei den Sitzungen des Gremiums anzustreben. Ein Bürgermeister sei in den vergangenen drei Jahren nur zwei Stunden lang anwesend gewesen – insgesamt habe es 16 Sitzungen mit einer durchschnittlichen Dauer von eineinhalb Stunden gegeben.

heurigen August seien jedoch erst zwei Drittel dieser Übereinkünfte unterzeichnet worden. Anstatt Druck zu machen, die restlichen Vereinbarungen bis Ende des Jahres zu fixieren, werde nun seitens der Sozialabteilung des Landes darüber nachgedacht, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Eggler-Bargehr hätte sich hier ein „Zeichen der Stärke“ gewünscht, damit Vereinbartes auch umgesetzt wird.

Kritik äußerten die Verantwortlichen des Rechnungshofs auch an der Budgeterstellung. So seien in einer 2016 erstellten

Strategie Obergrenzen für den jährlichen Anstieg des Abgangs festgelegt. 2017 sollten die Kosten um höchstens 3,3 Prozent steigen – 2018 um maximal 3,4 Prozent. In beiden Jahren seien jedoch Budgets mit deutlich höheren Steigerungen eingereicht worden. Erst nach Intervention der Finanzabteilung des Landes seien Anpassungen vorgenommen worden.

Daneben orten die Prüfer auch Mängel bei der Personalsituation im Controllingteam. Denn es sei eine hohe Fluktuation festgestellt worden. Seit 2010 habe

es im zentralen Controlling vier verschiedene Leiter gegeben. Von 2015 bis 2017 seien sieben Mitarbeiter in der Abteilung tätig gewesen, wobei in diesem Zeitraum fünf ein- oder ausgetreten seien. „Etwas im System läuft nicht rund“, schlussfolgerte die Rechnungshofdirektorin. Die Fluktuation erschwere auch eine Weiterentwicklung in Sachen Controlling. Diesbezüglich seien zwar einige Projekte initiiert worden. Allerdings seien diese zu wenig konsequent weiterverfolgt worden.

Grundsätzlich sehen die Ver-

Sonderprüfung. Die Rechnungshofdirektorin informierte auch über den Stand der Sonderprüfung des Instituts für Sozialdienste (IfS) wegen dessen millionenschweren Rücklagen. Es sei bereits mit der Vorbereitung der Untersuchung begonnen worden. In der kommenden Woche gebe es das erste Treffen mit den Verantwortlichen des IfS. Der Plan sei, die Prüfung intern noch heuer abzuschließen. Das Ergebnis soll dann im neuen Jahr präsentiert werden.

ÖVP

Gut aufgestellt

Der Sozialfonds sei in seiner strategischen Ausrichtung gut aufgestellt, meint Sozialsprecher Matthias Kucera. Das vom Rechnungshof aufgezeigte Optimierungspotenzial beim Controlling solle zügig umgesetzt werden.

FPÖ

„Ihren Pflichten nicht nachgekommen“

Daniel Allgäuer, Obmann des freiheitlichen Klubs sowie des Kontrollausschusses, übt angesichts des Rechnungshofberichts Kritik an der schwarz-grünen Landesregierung. Deren Vertreter seien „ihren Pflichten im Bereich der

Vornahme von Prüfungshandlungen nicht ausreichend nachgekommen“. Die Rücklagen beim IfS seien möglicherweise ein Resultat mangelnden Controllings. Die politische Steuerung im Sozialbereich hält Allgäuer für unzureichend.

NEOS

Finanzplanung

Eine langfristige Finanzplanung im Sozialfonds fordert der Landtagsabgeordnete Daniel Matt. Nur auf diese Weise könne das umfangreiche Leistungsspektrum für einen längeren Zeitraum abgesichert werden.